5 Pfennig

Montagsausgabe

5 Pfennig

Nr. 42.

34. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,30 Mk., wöchentlich 30 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,30 Mark pro Monat, eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Montag, den 12. Februar 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97

Internationaler Arbeiterkongress in Sicht?

Englische Angriffe auf dem Nordufer der Ancre, Beaumont, Grandcourt, Beaucourt. — Französische Vorstöße im Ailly-Wald und an der Mosel. — Gefechte bei Postawy, Zloczow und am unteren Stochod. — Feindliche Vorstöße bei Monastir und am Doiransee.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 11. Februar 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Westlich von Lille, beiderseits des Kanals von La Bassée und der Scarpe, sowie im nördlichen Teil des Somme-Gebiets lebhafter Artilleriekampf.

Auf dem Nordufer der Ancre griffen die Engländer mit starken Kräften nordöstlich von Beaumont, auf dem Südufer östlich von Grandcourt und nördlich von Courcelette mit schwächeren Abteilungen an. Am Wege von Puisieux nach Beaucourt drangen sie in Kompagniebreite ein, an allen übrigen Stellen sind sie, zum Teil im Nahkampf, zurückgewiesen worden.

Heeresgruppe Kronprinz.

Auf dem linken Maasufer nahm wie am Vortage das Feuer von Mittag an zu, ohne daß sich ein Angriff entwickelte.

Im Walde von Ailly (südöstlich von St. Mihiel) und beiderseits der Mosel erfolgten französische Vorstöße, die durch unser Abwehrfeuer und im Handgemenge abgeschlagen wurden.

Erkundungs- und Angriffsaufgaben führten unsere Fliegergeschwader weit hinter die feindliche Front. Für die Gegner wichtige militärische und Verkehrsanlagen wurden bei Tage und bei Nacht wirkungsvoll mit Bomben beworfen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Mit nachlassender Kälte nahm die Gefechtstätigkeit in vielen Abschnitten zu. Bei Postawy (nördlich des Narocz-Sees) und südöstlich von Zloczow wurden russische Jagdkommandos abgewiesen.

Am Unterlauf des Stochod holten unsere Stoßtrupps ohne eigenen Verlust eine Anzahl Gefangener aus den feindlichen Gräben.

An der

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph

und bei der

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen

erhöhte Vorfeldgefechten und nur vereinzelt lebhafterem Geschützfeuer keine besonderen Ereignisse.

Mazedonische Front.

Nordwestlich von Monastir blieb ein französischer Vorstoß, südwestlich des Doiran-Sees ein nach starkem Vorbereitungsfeuer einsetzender Angriff der Engländer ohne jeden Erfolg.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

*

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, den 11. Februar 1917, abends.

Beiderseits der Ancre lebhafte Artillerie- und Grabenkampftätigkeit.

Sonst im Westen und Osten nichts Wesentliches.

* * *

Der österreichische Bericht.

Nichtamtlich. Wien, 11. Februar. Amtlich wird verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südwestlich von Cona bei Bekas und südöstlich von Zloczow wurden feindliche Jagdkommandos abgewiesen. Am unteren Stochod holte ein Stoßtrupp eine Anzahl Gefangener aus den russischen Stellungen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Görzischen wurde an mehreren Stellen um die von unseren Truppen eroberten Gräben gekämpft, die feindlichen Gegenstöße scheiterten. Weitere 370 Gefangene blieben in unseren Händen. Abteilungen des k. und k. Landwehr-Infanterie-Regiments Nr. 37 zeichneten sich im Angriff aus. Italienische Flieger warfen auf Triest, Muggia, die Werft San Rocco und das Feldspital in Opcina Bomben ab. Nördlich von Tolmein brachte eine gelungene Unternehmung 42 Italiener ein. Ein feindlicher Angriff auf unsere Stellungen am Stilfser Joch wurde blutig abgewiesen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Die Gewerkschaften als Friedenspioniere.

Aus Stockholm wird der „Internationalen Korrespondenz" gemeldet:

Auf Veranlassung der gewerkschaftlichen Zentrale Schwedens hat das Internationale Gewerkschaftliche Sekretariat in Berlin bei den Gewerkschaften der skandinavischen Länder angefragt, ob sie geneigt wären, sich auf einer

Internationalen gewerkschaftlichen Konferenz

vertreten zu lassen.

Die französischen, belgischen und deutschen Landeszentralen haben einer solchen Konferenz zugestimmt, während von englischer Seite keine Zusage über eine Teilnahme eingetroffen sei. Die schwedische Landeszentrale hat ihre Teilnahme zugesagt, vorausgesetzt, daß auch die anderen nordischen Länder sich vertreten lassen.

Eine spätere Meldung aus Kristiania besagt:

Das Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentrale der Arbeiter Norwegens hat vom Präsidenten des internationalen Gewerkschaftsbundes, Karl Legien, eine Mitteilung erhalten, daß die Delegierten der schweizerischen Landeszentrale, die die Weihnachtskonferenz der französischen Gewerkschaften besuchten, ein Einverständnis erzielten, wonach die französischen, spanischen, italienischen, belgischen und möglicherweise auch die englischen Landeszentralen sich bereit erklärten, Vertreter zu einer internationalen gewerkschaftlichen Konferenz, die von der schweizerischen Landeszentrale in der Schweiz veranstaltet werden sollte, zu senden. Aber nur unter der Voraussetzung, daß Legien diesem Vorschlage zustimmt.

Legien teilt in seinem Schreiben mit, daß er die Frage als außerordentlich wichtig betrachte und daß nichts versäumt werden dürfe, was geeignet sei, die gewerkschaftliche Internationale wieder zusammenzubringen und gleichzeitig für die Verbreitung des

Friedensgedankens unter den Arbeitern

aller Länder zu wirken. Er sei deshalb mit dem schweizerischen Vorschlag einverstanden und diese Stellungnahme werde von den deutschen Gewerkschaften gebilligt.

Legien hat somit die Angelegenheit den Landeszentralen zur Abstimmung vorgelegt.

Das norwegische Sekretariat hat dem Vorschlage über die Abhaltung der Konferenz zugestimmt und Legien hierüber telegraphisch benachrichtigt. Es wird auch erwartet, daß die Konferenz so zahlreich und möglichst vollständig beschickt werde, daß sie als wirkliche Vertreterin der gewerkschaftlichen Internationale werde betrachtet werden können.

* * *

Zum erstenmal seit dem Ausbruch des Krieges nimmt somit der Gedanke eines internationalen Arbeiterkongresses während des Krieges festere Gestalt an. Daß seine Verwirklichung solange auf sich warten ließ und auch jetzt noch nicht vollständig gesichert ist, liegt an den tragischen Umständen der Kriegsentstehung und an den bedauerlichen Irrtümern, denen sich die Arbeiter des Auslands über die Haltung ihrer Kameraden in Deutschland hingaben. Es liegt vielleicht bis zu einem gewissen Grade daran, daß sich die Arbeiter anderer Länder den seelischen Einflüssen der politischen Kriegführung, wie sie von den Regierungen getrieben wurde, zugänglicher zeigten als die deutschen. Aber davon soll in diesem Augenblick nicht mehr gesprochen werden. Festgestellt sei nur, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ebenso wie die freien Gewerkschaften vom Ausbruch des Krieges an stets bereit waren, zu einem internationalen Kongreß zu erscheinen, daß sie einen solchen Kongreß wiederholt angeregt haben, daß diese Anregung aber immer wieder gescheitert ist aus Gründen, die nicht bei denen lagen, von denen sie ausging.

Das Verdienst, das Eis gebrochen zu haben, gebührt den französischen Gewerkschaften. Auf dem Weihnachtskongreß vorigen Jahres in Paris hatte Jouhaux folgende Erklärung abgegeben:

Die Regierung darf nicht der Presse folgen und das deutsche Angebot einfach für eine Schlinge erklären. Enthält es eine Schlinge, so soll man sie nachweisen und der Welt denunzieren. Nur durch eine Veröffentlichung der Kriegsziele wird es gelingen, Klarheit über die Lage zu schaffen. — Was uns Gewerkschaftler betrifft, so sind wir bereit, auf einem internationalen Friedenskongreß zu erscheinen, und wenn die Deutschen durch

Amerikas Vorbereitungen.

Der Senat für allgemeine Wehrausbildung.

Washington, 10. Februar. Reutermeldung. Der Senatsausschuß für militärische Angelegenheiten hat sich zugunsten eines allgemeinen Militärdienstgesetzes ausgesprochen, das vorsieht, daß sämtliche männlichen Bürger zwischen 19 und 26 Jahren sich sechs Monate einer militärischen oder Marineausbildung zu unterziehen haben.

*

Wilsons Weg.

Frankfurt a. M., 11. Februar. Die „Frkf. Ztg." meldet aus New York: Für den Fall, daß Deutschland eine unzweideutige Handlung gegen amerikanische Schiffe unternehmen sollte, wird Wilson die Frage dem Kongreß vorlegen; aber er wird nicht die Kriegserklärung beantragen, sondern lediglich um die Ermächtigung nachsuchen, Maßnahmen zum Schutze der Amerikaner zu treffen.

Ueber die Frage des Tages, was Amerika tun werde, wird weiter der „Frankfurter Zeitung" aus Bern mitgeteilt: Zur Frage, ob die Vereinigten Staaten sich im Falle des Kriegsausbruches an die Alliierten anschließen, oder, ihrer Doktrin getreu, ihren eigenen Krieg führen werden, wird dem „Petit Parisien" aus New York gemeldet, daß die zweite Möglichkeit wahrscheinlicher sei.

Daß die Vereinigten Staaten die verschärfte deutsche U-Boot-Kriegführung in ihrer Geltung für Amerika auf die Probe stellen werden, gilt englischen Meldungen als gewiß. Erst hieß es, ein großer bewaffneter Dampfer werde fahren; jetzt ist von zwei unbewaffneten Dampfern die Rede. Reuter meldet gestern aus New York:

Zwei unbewaffnete amerikanische Frachtdampfer werden voraussichtlich heute nach dem Seesperrgebiet abgehen. Sie werden die ersten Schiffe unter amerikanischer Flagge sein, die von hier in das seit der deutschen Note über den uneingeschränkten Unterseebootkrieg gefährdete Gebiet fahren. Keins der beiden Schiffe hat die von Deutschland vorgeschriebenen Streifen auf den Seiten, sondern beide tragen nur die großen Buchstaben U. S. A. Die Schiffe treten die Ausfahrt an, da sich die Eigentümer auf das Recht amerikanischer Schiffe, das offene Meer zu befahren, verlassen. Die Schiffe werden keine Geschütze führen, um gegen ungesetzliche Angriffe Widerstand zu leisten. Das eine mit Namen Orleans hat einen amerikanischen Kapitän namens Tucker und eine Besatzung von 35 Mann, darunter 32 amerikanische Bürger. Das andere Schiff heißt Rochester. Es wird erklärt, daß keines von beiden Bannware führt. Beide gehen nach Bordeaux.

Nach einer späteren Meldung sind die beiden Frachtdampfer am Nachmittag ins Sperrgebiet abgefahren.

Weiter meldet Reuter aber: Wie die Zollbehörden mitteilen, wird auf Anweisung aus Washington jede Veröffentlichung über die Abfahrt von Schiffen gegenwärtig unterbleiben. Sind die beiden Unbewaffneten ohne Streifen und Bannware also wirklich gefahren? Oder gilt die Anweisung der Newyorker Zollbehörde nur für Schiffe mit Bannware?

*

Deutsche Matrosen aus amerikanischen Diensten entlassen.

Haag, 11. Februar. („Frkf. Ztg.") Reuter meldet aus New York: Fünf Matrosen deutscher Abstammung, die bereits die ersten Formalitäten zur Naturalisation erfüllt hatten, sind aus dem Mannschaftsbestande der Küstenschiffahrt entfernt worden. Man nimmt an, daß ähnliche Fälle sich wiederholen werden.

Vermittelung der schweizerischen Genossen einen internationalen Gewerkschaftskongreß einberufen wollen, so werden wir der Einladung folgen.

Damals schienen die Umstände der Abhaltung eines internationalen Arbeiterkongresses besonders günstig. Denn die deutsche Einladung zur Friedenskonferenz war noch nicht abgelehnt, die Eroberungsziele der Entente waren noch nicht aufgestellt, und vom verschärften U-Boot-Krieg war noch nicht die Rede. Und noch eins war bis dahin noch nicht geschehen: der englische Arbeiterkongreß hatte noch nicht seine Solidarität mit dem Kabinett Lloyd George ausgesprochen.

So liegen die Dinge heute in vielfacher Beziehung viel ungünstiger als damals, da Jouhaux seine verheißungsvolle Erklärung abgab. Daß man aber trotzdem den Kongreßgedanken nicht aufgab, ist gut. Wir dürfen jetzt die Hoffnung hegen, daß sich die Arbeitervertreter doch noch früher miteinander an den Friedenstisch setzen werden als die Diplomaten und daß sie sich von ihrer großen Aufgabe durchdringen lassen werden, die Wegbereiter einer besseren, friedlichen Zukunft Europas zu sein.

Zwei Fragen tauchen dabei auf: werden sich die englischen Arbeiter von ihren französischen Kameraden trennen und den von diesen angeregten Kongreß nicht beschicken? Und werden die Regierungen der Entente am Ende den Arbeitervertretern ihrer Länder die Pässe verweigern, wie es die englische Regierung schon einmal getan hat? Daß wenigstens ein Teil der englischen Arbeiterschaft auf dem Kongreß vertreten zu sein wünscht, ist gewiß, nur Gewaltmaßregeln könnten sie von ihrem Vorhaben abhalten!

In einer Zeit, die uns soviel Enttäuschungen gebracht hat, kann man die Aussichten des geplanten Unternehmens nicht vorsichtig genug einschätzen. Einstweilen darf man nur hoffen, daß der nüchternen, handfesten Arbeit der Gewerkschaften gelingen möge, worum sich wohlmeinende Aufgeregtheit vergebens bemüht hat. Sie tragen in hohem Maße den Beruf in sich, Brücken der Verständigung zu schlagen, Bioniere des Friedens zu sein. Möge es ihnen gelingen!

Die Schweiz und die deutsche Seesperre.

Die Note, die der Schweizer Bundesrat am 9. Februar an die deutsche Regierung gerichtet hat, ist jetzt im Wortlaut bekannt. Sie skizziert eingangs den Inhalt der deutschen Note vom 31. Januar, von der es heißt, daß sie „in einläßlicher Weise die Gründe auseinandergesetzt habe, welche die Regierung „zu der Entscheidung führten, alle Beschränkungen fallen zu lassen, die sie sich vordem in der Verwendung ihrer Kampfmittel zur See auferlegt habe". Alsdann sagt die Note der Schweiz:

„Es konnte der Kaiserlichen Regierung nicht entgehen, daß durch diese in der Denkschrift aufgeführten Maßnahmen ein schwerer Eingriff in das der Schweiz als neutralem Staate nach den Grundsätzen des Völkerrechts zustehende Recht des friedlichen Handels begangen wird. In der Tat bedeutet die Blockade fast aller für die Benutzung durch die Schweiz in Betracht fallenden Häfen eine ernste Gefährdung unserer Lebensmittel- und Rohstoffversorgung und unseres überseeischen Exports. Auch wenn durch freundschaftliche Verständigung mit der französischen Regierung die Benutzung des Hafens von Cette, der außerhalb der blockierten Zone liegt, ermöglicht wird, sind die Seetransporte in einer Weise eingeschränkt, daß unserer Volkswirtschaft die empfindlichsten Schädigungen zugefügt werden.

Die von der deutschen Reichsregierung verhängte Seesperre folgt auf eine ganze Reihe von Maßnahmen, durch die im Laufe des Krieges von beiden kriegführenden Teilen in Widerspruch zu völkerrechtlichen und vertraglichen Normen unsere volkswirtschaftliche Bewegungsfreiheit bereits eingeengt worden ist und gegen welche wir vergebens unsere Stimme erhoben haben. Die Sperre ist unter diesen Umständen nur um so drückender und folgenschwerer.

Der Bundesrat sieht sich daher gezwungen, gegen die von der Kaiserlichen Regierung angekündigte Blockade und deren Durchführung, soweit dadurch nach den gemeingültigen Grundsätzen des Völkerrechts Rechte der Neutralen verletzt werden, nachdrücklichst Protest und Rechtsverwahrung einzulegen und vorab für den Fall, daß die tatsächliche Durchführung der Sperre sich als unvollständig erweisen sollte, alle Rechte vorzubehalten, wenn durch die von Deutschland und seinen Verbündeten angewandten Mittel schweizerische Staatsangehörige und schweizerische Ladung der Vernichtung preisgegeben werden sollten.

Der Bundesrat zweifelt im übrigen nicht daran, daß die deutsche Reichsregierung alles tun wird, um den für die Sicherheit der schweizerischen Staatsangehörigen und für das wirtschaftliche Leben der Schweiz aus der Blockade sich ergebenden schwierigen Folgen nach Möglichkeit vorzubeugen.

Eine gleichlautende Note ist der K. u. K. österreich-ungarischen Regierung zugestellt worden.

Die Schweiz an Amerika.

Zugleich mit der an die deutsche Regierung gerichteten Note über die deutsche Seesperre gibt die Schweizerische Depeschen-Agentur den Inhalt der vom Schweizer Bundesrat ebenfalls am 9. Februar an die amerikanische Regierung gerichteten Antwort auf die Einladung des Präsidenten Wilson näher bekannt. Der Bundesrat sagt darin eingangs, er könne auch heute nur auf die am 4. August 1914 abgegebene Neutralitäts-Erklärung verweisen, die von den Vertragsmächten vom Jahre 1815 ausdrücklich anerkannt sei, und sagt dann:

Die Ereignisse während des gegenwärtigen Krieges haben den Bundesrat in seiner Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Einhaltung einer strikten und loyalen Neutralität bestärkt und den Beweis geleistet, daß heute wie im Jahre 1815 die Unverletzlichkeit und Unabhängigkeit der Schweiz im wahren Interesse der Politik Europas liegen. Die Schweiz wird an dieser Neutralität festhalten, solange nicht die Unabhängigkeit, die Integrität des Landes, die Lebensinteressen oder die Ehre des Staates verletzt werden. Der Bundesrat darf auch die Aufmerksamkeit von Präsident Wilson auf die einzigartig geographische Lage der Schweiz lenken, die von allen Seiten von kriegführenden Staaten eingeschlossen ist und mit Sicherheit zum allgemeinen Kriegsschauplatz werden müßte, sobald sie aus ihrer Neutralität heraustreten würde. So drückend sich daher auch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Schweiz zufolge der angekündigten Blockade gestalten und so sehr je nach deren Durchführung völkerrechtliche Prinzipien verletzt werden, so kann sich der Bundesrat doch nicht entschließen, Präsident Wilson in den auf Grund einer anders gestalteten Sachlage von ihm gegenüber der deutschen Reichsregierung unternommenen Schritten zu folgen.

Der Schluß der Note verweist alsdann auf die an Deutschland gerichtete Antwort.

*

Bern, 10. Februar. Die Schweiz hat auf Ansuchen Deutschlands außer in Frankreich und in den Vereinigten Staaten auch noch die Vertretung der deutschen Interessen in England, Japan und im nicht besetzten Teile Rumäniens übernommen.

Spanisches Ersuchen um Sperremilderung.

Amsterdam, 11. Februar. Wie „Daily Telegraph" aus Madrid meldet, erklärte der spanische Minister des Innern in einer Unterredung, daß er im Interesse der spanischen Fischer die deutsche Regierung um eine Vergrößerung der neutralen Zone innerhalb der spanischen Gewässer um 20 Meilen ersucht habe. Die guten Fangplätze lägen nämlich in einer Entfernung von 30—80 Meilen von der Küste.

England und die Schiffe der Neutralen.

Die Forderung der freien Fahrt.

Haag, 11. Februar. Nach hier eingetroffenen Nachrichten hat die englische Regierung im Prinzip zugestimmt, daß holländische Schiffe, die von Amerika nach Holland fahren, in Zukunft nicht verpflichtet sein werden, einen Hafen in England anzulaufen, sondern statt dessen Halifax oder die Bermudas anlaufen können. Ueber die Schiffe aus anderen Ländern sowie über die von Holland und den Kolonien nach Holland ausfahrenden wird noch verhandelt.

Haag, 10. Februar. Nach einem Telegramm des Korrespondenzbureaus schreibt „Nieuwe Courant": Es hat den Anschein, daß England nach der Ankündigung des verschärften U-Boot-Krieges ein allgemein auch für die Kolonialhäfen geltendes Ausklarierungsverbot erlassen hat. Diese Maßregel kann nicht als dauernd gedacht sein, aber trotzdem fragt man sich nicht ohne Aerger, wie lange sie in Kraft bleiben soll und was sie bedeutet. Kaum weniger unangenehm ist die neue Forderung, die England an unsere Schiffahrt stellt, daß ein niederländisches Schiff, das in einem englischen Hafen oder einer englischen Kohlenstation Bunkerkohle nimmt, sich zu einer Reise mit einer Ladung für die britische Regierung oder mit Kohlen von England nach Frankreich verpflichten muß. Wenn diese Forderung bestehen bleibt, dann wird unsere Schiffahrt darauf bedacht sein müssen, ohne Bunkern in englischen Häfen oder Stationen zu fahren, was keine einfache Sache ist.

Stockholm, 11. Februar. Nach hier aus London eingetroffenen Nachrichten läßt England keine schwedischen Schiffe mehr aus englischen Häfen heraus. Der Dampfer Tule war der letzte schwedische Dampfer, welcher Großbritannien verlassen durfte.

Stockholm, 10. Februar. „Dagns Nyheter" meldet, daß die gestrige Zusammenkunft der schwedischen Reeder bekanntgegeben hat, daß die schwedische Tonnage ausreiche, um Schwedens notwendige Einfuhr sicherzustellen, unter der Voraussetzung, daß die in den Häfen kriegführender Länder befindliche Tonnage freigegeben werde und freie Fahrt nach Schweden erhalte, sowie, daß die notwendigen Bunkerkohlen zu erhalten wären, ohne dabei Fahrten ausführen zu müssen, die nicht den schwedischen Interessen dienten. Eine Deputation der Reeder gab obige Beschlüsse dem Ministerium bekannt und forderte Maßnahmen, welche Schweden die für seine vitalen Interessen nötige Tonnage sichern.

Der Krieg auf den Meeren.

32000 Tonnen Schiffsraum versenkt.

Berlin, 11. Februar. Unter den am 9. Februar als versenkt gemeldeten sieben Dampfern und drei Segelschiffen befanden sich zwei Dampfer, die Eisenerz geladen hatten, je einer mit Ladung Weizen bzw. Nüssen und einer, der Grubenholz für England an Bord hatte. Von den Segelschiffen führten zwei Lebensmittel nach England.

Weiterhin wurden versenkt zehn Dampfer und dreizehn Segelschiffe mit insgesamt 32 000 Tonnen sowie acht Fischdampfer.

Versenkt.

Beechtree (1277 Tonnen), englischer Dampfer. (Lloydsmeldung).
Port Adelaide (8188 Tonnen), englischer Dampfer von der Commonwealth- und Dominion-Line, von London nach Australien unterwegs, am 3. Februar versenkt (englische Blättermeldung).
Japanese Prince (4878 Tonnen), englischer Dampfer. (Lloyds.)
Ellavore (2737 Tonnen), norwegischer Dampfer; der Kapitän gelandet, der Maat und elf Mann vermißt. (Lloyds.)
Habgard (1279 Tonnen), norwegischer Dampfer. (Lloyds.)
Ida, norwegischer Dampfer. (Norweg. Meldung.)

*

London, 10. Februar. Lloyds meldet, daß die englischen Dampfer „Lullington" und „Matola" versenkt wurden. Die Besatzung des „Lullington" wurde gelandet. Der norwegische Dampfer „Soldbakken" soll versenkt worden sein. Zwei Mann sind umgekommen. Der norwegische Segler „Storskow" wurde von einem U-Boot versenkt.

Uebergangswirtschaft und Arbeiterfrage.

Von Heinrich Cunow.

Der Friedensschluß wird eine weit größere Umwälzung unseres ganzen Wirtschafts- und Erwerbslebens nach sich ziehen, als der Kriegsausbruch vor 2½ Jahren. Das Aufhören eines großen Teils der heutigen Produktion für den Heeresbedarf, die Wiederumschaltung der während der Kriegszeit zu anderen Erzeugungsweisen übergegangenen Betriebe, die Heranschaffung neuer Rohstoffe, die massenhafte Freisetzung bisher durch den Kriegsdienst der Produktion entzogener Arbeitskräfte und ihre Unterbringung in neuen Verhältnissen: alle diese Aenderungen des in der Kriegsperiode Gewordenen bedeuten eine erneute tiefgreifende Umgestaltung des ganzen Wirtschaftslebens. Soll diese Rückkehr zur Friedenswirtschaft nicht zu schweren nachhaltigen Erschütterungen, zu einer Wirtschaftskrise führen, wie sie die jetzige Generation noch nicht erlebt hat, so darf die Wiedereinrenkung des durch den Krieg aus seiner Bahn herausgeschleuderten nationalen Wirtschaftsgetriebes nicht dem Spiel der sogenannten freien Kräfte überlassen bleiben. Es muß eine allmähliche planmäßige Ueberleitung der unter dem Kriegsdruck entstandenen anormalen Wirtschaftsverhältnisse in den Friedenszustand stattfinden.

Diese Notwendigkeit eines planmäßigen Ueberganges hat auch die Reichsregierung erkannt, indem sie einen Reichskommissar für Uebergangswirtschaft bestellt und ihm einen sachverständigen Beirat zur Seite gegeben hat. Seine Aufgabe soll nach dem aufgestellten Programm sein, die nötigen wirtschaftlichen Vorbereitungen für die Zeit zu treffen, wenn endlich das heutige blutige Ringen aufhört und unsere Feldgrauen in die Heimat zu neuem Schaffen zurückkehren, vor allem für die Heranschaffung von neuen Rohstoffen zu sorgen, ohne welche wichtige Industriezweige ihre frühere Arbeitstätigkeit gar nicht wieder aufzunehmen vermögen, den Handelsverkehr mit dem Auslande zu regeln, die mißlichen Kreditverhältnisse zu ordnen und für die aus dem Militärdienst Entlassenen lohnende Arbeit zu beschaffen.

Diese letztere Tätigkeit, die Unterbringung der aus dem Felde zurückkehrenden Kämpfer in passenden Arbeitsstellen, ist das Wichtigste. In keinem Fall darf die Mannschaftsentlassung lediglich nach militärischen Gesichtspunkten erfolgen; sie kann nur nach sorgfältigen sozialen und wirtschaftlichen Erwägungen unter Berücksichtigung der Arbeitsmöglichkeit und des Arbeiterbedarfs vorgenommen werden, und zwar haben die Heimkehrenden, die im Felde so oft ihr Leben für das Reich eingesetzt haben, nicht nur ein Recht, eine ihren Leistungsfähigkeiten entsprechende Arbeit, sondern auch einen dieser Arbeit entsprechenden Verdienst zu fordern.

Unter diesen Umständen verdient eine jüngst unter dem obigen Titel „Uebergangswirtschaft und Arbeiterfrage" erschienene kleine, sachlich gehaltene Schrift (Karl Heymanns Verlag, Berlin) besondere Aufmerksamkeit, in der der Verfasser, Dr. Gerhard Albrecht, untersucht, was zu geschehen hat, damit sich die Unterbringung der freigesetzten Arbeitskräfte in Industrie und Handel möglichst ohne nachhaltige Störungen vollzieht.

Wie der Verfasser vorschlägt, muß zunächst in den einzelnen Landesteilen festgestellt werden, ob die jetzige Arbeitstätigkeit dort nach Friedensschluß voraussichtlich im bisherigen Umfange andauern wird, welche Arbeitszweige weiter ausgebaut werden können, und wo vielleicht eine Verminderung der Beschäftigung eintreten dürfte. Dabei ist zu berücksichtigen, inwieweit die nötigen Roh- und Hilfsstoffe für eine Ausweitung der industriellen Tätigkeit vorhanden sind oder leicht beschafft werden können. Besonders ist darauf zu halten, daß schon vor der Rückkehr der Feldgrauen Kohle und Eisen, die wichtigsten Grunderfordernisse des industriellen Wiederaufbaues, in genügender Menge bereitgestellt werden. Und ferner muß untersucht werden, wie sich wahrscheinlich die Nachfrage des neutralen, vielleicht auch des jetzt feindlichen Auslandes nach wichtigen Bedarfsartikeln gestalten wird, damit ungefähr abgeschätzt werden kann, auf welchen Export in den verschiedenen Industriezweigen nach Beendigung des Krieges gerechnet werden darf.

Wo es an anderer Arbeit fehlt, müssen überdies von Staat und Stadt öffentliche Arbeiten in Angriff genommen werden. Wie der Verfasser ausführt, sind während des Krieges unendlich viele Arbeiten liegen geblieben, außerdem umfassende Reparaturen nötig; so müssen zum Beispiel viele Eisenbahnunterbauten erneuert, Straßen und Wege im deutschen Operations- und Etappengebiet gründlich ausgebessert werden.

Im ganzen wird es nach Ansicht des Verfassers keineswegs an Arbeitsmöglichkeit fehlen, wenn es auch vorerst noch in manchen Industrien mit der Rohstoffzufuhr hapern wird; daher kommt es vor allem darauf an, die vorhandenen Möglichkeiten rechtzeitig und richtig zu erfassen. Das aber läßt sich, wie er meint, durch eine Zentralstelle nicht erreichen. Ein einheitlich leitender Wille sei zwar nicht zu entbehren; aber die Aufgabe der Reichszentralstelle sei lediglich „die Einheitlichkeit der Dezentralisation zu gewährleisten", vornehmlich die richtigen Stellen auf die Notwendigkeit bestimmter Vorarbeiten und auf das Studium örtlicher Verhältnisse hinzuweisen, allgemeine Anweisungen zu erlassen und deren Durchführung zu überwachen. Die eigentliche Arbeit aber müsse in der Hand örtlicher Stellen liegen, „örtlicher Zentralen", wie er sie nennt, die unter Mitwirkung der Handels-, Handwerks- und Landwirtskammern, der staatlichen und kommunalen Verwaltungen, der Bauämter, der Industrie, der Arbeiterorganisationen usw. zu versuchen haben, sich einen Ueberblick über die Arbeitslage ihres engeren Bezirks zu verschaffen und dann im engsten Anschluß an die vorhandenen „Arbeitsnachweise" den voraussichtlichen Bedarf an Arbeitskräften zu ermitteln.

Im einzelnen weist Dr. G. Albrecht diesen örtlichen Arbeitszentralen folgende Aufgaben zu:

„Genaue Kenntnis der in dem betreffenden Bezirk vorhandenen Industrie und der augenblicklichen und der zukünftigen Produktionsmöglichkeiten sowie der Möglichkeiten, die für sie hinsichtlich des Ueberganges von der Kriegsmaterialienproduktion zu anderen Produktionszweigen bestehen; Kenntnis der vorhandenen Rohstoffe und der Bezugsmöglichkeiten nach Beendigung des Krieges; Kenntnis aller Pläne für Arbeiten, die nach dem Kriege in diesem Bezirk in Angriff genommen werden können, sowohl solcher der Industrie wie der öffentlichen Organe. Kenntnis des Arbeitsmarktes, sowohl des Bestandes der zurzeit Beschäftigten als auch des Bedarfs an Arbeitskräften nach dem Kriege. Hier ist es nötig, zwischen solchen Arbeitern, die nachher in den Betrieben verbleiben können, und solchen zu unterscheiden, die voraussichtlich entlassen werden. (Arbeitskräfte, die nur aushilfsweise eingestellt sind, die das Alter überschritten haben, bis zu dem unter normalen Verhältnissen die Arbeit geleistet wird; Jugendliche, die nach Eintritt normaler Verhältnisse an anderer Stelle, als bisher, zu beschäftigen sind.)

Eine besondere Stellung kommt den weiblichen Arbeitskräften zu. Soweit es möglich ist, wird es eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Friedenswirtschaft sein, die Frauenarbeit wieder wie vor dem Kriege auf das nötigste Maß einzuschränken. Natürlich darf ein unterschiedloses, rigoroses Entlassen der Frauen aus Beruf und Verdienst nicht stattfinden, sondern es sind Unterschiede nach der Richtung zu machen, daß ein Teil der beschäftigten Frauen durch Verlust des Mannes und andere Notlagen gezwungen ist, die Arbeit beizubehalten, um wirtschaftlich gesichert zu sein, und daß ein anderer Teil nach Rückkehr ihres Mannes aus dem Felde in ihren Beruf als Mutter und Hausfrau zurückkehren muß, um den Männern im Berufe Platz zu machen."

Diese Arbeitszentralen haben sich dann mit den Militärbehörden, in erster Linie mit den Bezirkskommandos in Verbindung zu setzen, ihnen Auskunft über den Bedarf an Arbeitskräften und über die vorhandenen Arbeitsgelegenheiten zu erteilen und ihnen auf diese Art das Grundmaterial für die militärische Demobilisation zu liefern.

Keinesfalls dürfen die Mannschaften von den Standorten ihrer Truppenteile aus einfach nach Hause entlassen werden. Die Entlassungen haben vielmehr derart zu erfolgen, daß jeder dem Bezirkskommando seiner Heimat oder desjenigen

Die Versenkung der „Ida".

Kristiania, 10. Februar. An das Ministerium des Aeußeren gelangte ein Telegramm aus Grimsby, dem zufolge ein U-Boot am 8. Februar, 7 Uhr 45 Min. vormittags, einen Angriff ohne Warnung auf den Langesunder Dampfer „Ida", der mit Ballast von Leith nach London unterwegs war, gemacht hat. Ehe das U-Boot gesichtet wurde, feuerte es vier Schüsse ab, danach im ganzen über 20 Granaten. Zwei Mann wurden getötet, fünf verwundet. Als der Rest der Besatzung in die Boote ging, wurde das Schießen eingestellt und die U-Bootsmannschaft versenkte die „Ida" mittels Bomben. Ein britischer Torpedojäger nahm die Dampfermannschaft auf.

Neutralitätsverletzung.

Kristiania, 10. Februar. Wie „Dagbladet" meldet, ist der norwegische Dampfer „Sortland" vorgestern nacht **innerhalb der territorialen Grenze** von zwei englischen Torpedojägern beschossen worden.

Luftangriff auf Karlsruhe.

Berlin, 11. Februar. Wolffs Bureau teilt mit: In der Nacht vom 9. zum 10. Februar war an der Westfront die Tätigkeit unserer und der feindlichen Flieger eine besonders rege. Deutsche Geschwader belegten mit ausgezeichnetem Erfolg den Bahnhof von Avelny bei Albert mit 1500 Kilogramm, den Ostbahnhof von Amiens mit 3300 Kilogramm Bomben. Infolge des Angriffs brach auf dem letzteren ein Brand aus, der an dort aufgestapelten großen Vorräten immer erneute Nahrung fand. Der gewaltige Feuerschein war noch um 7 Uhr morgens weithin zu sehen. Andere Geschwader verursachten durch ihren Bombenwurf Brände in den Barackenlagern von Boyart und Esclusier. Die Industrieanlagen von Neuve Maison wurden erneut mit über 2000 Kilogramm Sprengstoff beworfen, die von Pompey mit 300 Kilogramm. Ein weiterer nächtlicher Flugzeugangriff richtete sich gegen den Flughafen und die Luftschiffhalle von Epinal, die mit 600 Kilogramm Bomben eingedeckt wurde.

Demgegenüber unternahmen die Gegner mehrere Nachtflüge in das lothringische Becken und Saargebiet. Der durch diese Besuche angerichtete Schaden ist jedoch ganz unerheblich. Unser Abwehrfeuer zwang bei Differdingen einen der nächtlichen Angreifer, einen französischen Farman-Doppeldecker, zur Erde. Das Flugzeug ist zertrümmert, die Insassen Unterleutnant Lautiron und Korporal Fourgerol beide tot.

Eine neue Schmach haben die Franzosen durch einen in der gleichen Nacht auf die offene Stadt Karlsruhe unternommenen Angriff auf sich geladen. Die traurige Tat unternahm ein Flugzeug, das einige Bomben auf die friedliche Stadt abwarf. Drei Bürger wurden dadurch verletzt, der angerichtete Sachschaden ist bedeutungslos.

Am Tage des 10. Februar schossen darauf unsere Flieger drei feindliche Flugzeuge in Brand. Das eine stürzte in der Gegend von La Bassée brennend nieder, die anderen beiden zerschellten an der Sommefront.

•

Der französische Heeresbericht vom Sonnabend meldet: In der Nacht vom 9. auf den 10. Februar bewarf eines unserer Flugzeuge den Bahnhof und die Kasernen von Karlsruhe; die Ziele wurden getroffen. Der französische Apparat war um 10 Uhr 50 Min. abends aufgestiegen und kehrte um 2 Uhr 10 Min. nach erfüllter Aufgabe zurück.

Nachtbackverbot in Oesterreich.

Wien, 10. Februar. Die morgige „Wiener Zeitung" veröffentlicht eine ministerielle Verordnung betreffend das Verbot der Nachtarbeit für Bereitung von Brot und sonstigen Backwaren. Die Wirksamkeit der Verordnung, die drei Monate nach ihrer Bekanntmachung in Kraft tritt, ist vorläufig auf die Dauer der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse beschränkt.

Ortes, wo der einzelne sich niederzulassen gedenkt, angewiesen wird, und dieses Bezirkskommando hat dann für die weitere Zuteilung an die nächst dem Heimats- oder Niederlassungsort liegenden Truppenteile Sorge zu tragen. Ein solches Verfahren bedeutet zwar, wie der Verfasser zugibt, einen tiefen Eingriff in das Recht der Freizügigkeit; doch ist nach seiner Ansicht diese Maßnahme im Interesse der Allgemeinheit wie jedes einzelnen unvermeidlich.

Bei den Entlassungen ist in allen Fällen auf die für den einzelnen bestehende Möglichkeit Rücksicht zu nehmen, baldigst in einem sicheren Arbeitsverhältnis Unterkunft zu finden. Wer nachweist, daß er sofort in seine frühere Stellung zurückkehren kann, wer also z. B. den sogenannten freien Berufen angehört, selbständiger Handwerker, Beamter, Festangestellter oder ein Arbeiter ist, der des sofortigen Eintritts in sein früheres Arbeitsverhältnis sicher sein darf, soll sofort entlassen werden. Jener hingegen, für den sich passende Arbeit in seinem früheren oder einem anderen Beruf nicht gleich findet, soll vorläufig in seinem Militärverhältnis bleiben.

Ferner sollen, wie der Verfasser vorschlägt, die örtlichen Arbeitszentralen in allen Fällen, in denen sich beim Wiedereintritt in alte Arbeitsverhältnisse und bei Neueinstellungen Schwierigkeiten ergeben, die Vermittlung des Rechtsschutzes übernehmen, ebenso bei Lohnstreitigkeiten, bei Versicherungs- und Entschädigungsfragen usw.

Einer besonderen Fürsorge bedürfen, wie Dr. G. Albrecht ausführlich darlegt, die Kriegsverletzten. Er fordert daher für diese eine eigene „Kriegsarbeitszentrale", die alle der Kriegsbeschädigtenfürsorge dienenden Stellen zu einheitlichem Wirken zusammenfaßt und vermittelnd zwischen den Kriegsbeschädigten und den Unternehmer tritt.

Manchen Ausführungen des Verfassers kann man zustimmen. Greifen die empfohlenen Maßnahmen auch tief in die Rechte des einzelnen ein, so wird doch der Uebergang zur Friedenswirtschaft, wenn nicht dem Friedensschluß schwere wirtschaftliche Erschütterungen folgen sollen, sich nicht ohne Einschränkung des freien Wettbewerbs auf dem Arbeits- wie auf dem Warenmarkt durchführen lassen. Aber im ganzen sind die vorgeschlagenen Maßnahmen reichlich bureaukratisch. Die örtlichen Arbeitszentralen erhalten eine Verfügungsgewalt, die dort, wo das Unternehmertum die Macht in Händen hat, den aus dem Heeresdienst entlassenen Arbeitern sehr gefährlich werden kann. Zwar soll auch den Arbeiterorganisationen eine gewisse Mitwirkung zugestanden werden, doch soweit sich den Ausführungen entnehmen läßt, nur in engem Rahmen. Erforderlich ist, daß den Gewerkschaften als Vertretern der Arbeiterschaft eine weitgehende Anteilnahme an der Arbeitsbeschaffung eingeräumt wird und daß ferner strenge Kautelen gegen Willkürmaßnahmen aufgerichtet werden. Diese Verordnung, deren Bedeutung klar zutage liegt, sollte beschleunigt durchgeführt werden.

Kohlennot, Transportkrise und Kammerunruhen.

Angriffe auf Herriot.

Bern, 10. Februar. In der gestrigen Sitzung des französischen Senats kam es bei der Erörterung der Interpellation über die Kohlenkrise zu heftigen Angriffen auf die Regierung. Besonders wurde dabei die Unfähigkeit des früheren Transportministers Sembat gerügt. Minister Herriot verwarf eine Tagesordnung, in der Sembat ein Tadel ausgesprochen werden sollte, und stellte unter bissigen Zurufen gegen Sembat die Vertrauensfrage. (Lebhafte Erregung.) Sodann wurde eine Tagesordnung angenommen, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen und gewünscht wird, sie möge der Kohlennot und der Transportkrise glücklich steuern.

In der Debatte sagte Herriot:

Sie wissen, wodurch gegenwärtig die Schiffe verhindert werden, in unsere Häfen zu gelangen. Wenn wir das Abkommen mit England nicht lösen, so müssen wir es loyal einhalten, es aber nicht in Einzelheiten durchlöchern. Das Abkommen hat übrigens große Vorteile. Es ist gegenwärtig das größte Glück, das man haben kann, auf dem Meere Englands Verbündeter zu sein. Großbritannien hat seine Einfuhr entschlossen herabgesetzt, wie wir es auch tun müssen.

•

Bern, 10. Februar. „Temps" zufolge haben die Direktoren der Marseiller Presse Depeschen an das Parlament gerichtet, um sofortige Maßnahmen zur Kohlenversorgung von Marseille zu fordern; die Gasgesellschaft in Marseille habe nur noch vierzehn Tage Kohlenvorrat, bereits jetzt sei die Kriegsindustrie beeinträchtigt.

•

Seit einigen Tagen, meinte „Radical" vor einigen Tagen, sieht Minister Herriot alles schwarz in schwarz, freilich nicht aus Ueberfluß an Kohlen. Er hat nicht viel Glück mit seinem Anfang. Auf gewissen Gebieten hat er sogar das Gegenteil von dem erzielt, was er wollte. Vor einigen Wochen erklärte er das Frachtenmonopol für absurd. Nach seiner Rückkehr von London war er zum Gegenteil bekehrt. Die Eisenwerke an der unteren Loire waren bis November 1916 mit Kohlen versehen. Trotz aller Mühe und Warnungen an die Adresse des Munitionsministers haben sie nicht das Kohlenquantum erhalten können, um den Betrieb regulär aufrechtzuerhalten. (Zensurlücke.) Das ist also das wunderbare Ergebnis des von Herriot erfundenen Simili-Monopols. Auch andere Ergebnisse sind nicht besser. So kann es nicht weitergehen.

Aus der Arbeitsgemeinschaft.

Der Verband der auf dem Boden der A.-G. stehenden Wahlvereine Berlins und Umgegend hielt am gestrigen Sonntag eine von 896 Delegierten besuchte Generalversammlung ab. Der Referent Haase besprach die in der Arbeiterbewegung bestehenden Gegensätze und führte aus, daß die Politik und das Verhalten des Parteivorstandes einen Zusammenschluß der Opposition innerhalb des Rahmens der Partei notwendig gemacht habe. Aufgabe der Opposition sei es, dafür zu kämpfen, daß die alten Grundsätze der Partei aufrechterhalten werden und der sozialistische Gedanke wieder in alter Reinheit erstrahle. Dazu bedürfe es des Zusammenschlusses aller oppositionellen Elemente.

Ohne Diskussion nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an:

> Die Verbands-Generalversammlung von Groß-Berlin erklärt die Gründung von Gegenorganisationen gegen die rechtmäßigen Wahlkreisorganisationen als Maßnahmen, die die organisatorische Besiegelung der antisozialistischen und imperialistischen Politik des Vorstandes und der Fraktion darstellen und die Zertrümmerungstätigkeit des Parteivorstandes krönen. Durch dieses Vorgehen hat sich der Parteivorstand und seine Gefolgschaft in gleiche Kampffesfront gestellt, in der die Gegner des Sozialismus und der Demokratie stehen.
>
> Aus diesen Gründen erklärt sich die Verbands-Generalversammlung einverstanden mit der im Aufrufe des Vorstandes der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft vom 8. Februar d. J. enthaltenen Aufforderung zu einem organisatorischen Zusammenschluß aller vom Parteivorstand vergewaltigten Organisationen und Genossen und beauftragt die Verbandsleitung, die notwendigen Schritte zu tun, damit die Berliner Wahlkreisorganisationen dieser Aufforderung nach jeder Richtung hin entsprechen.
>
> Ueber die organisatorische Form des Zusammenschlusses der Opposition und die Art der einheitlich-politischen Tätigkeit hat die aus Vertretern aller vom Parteivorstand entrechteten Kreise bestehende Konferenz nach den Grundsätzen der Demokratie zu entscheiden.

Ebenfalls einstimmig erklärte sich die Versammlung einverstanden mit einem in mehreren Parteiblättern veröffentlichten Aufruf der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. Er fordert alle Organisationen und Genossen, welche gewillt sind, mit der Arbeitsgemeinschaft zusammenzuwirken, auf, sich an einer demnächst abzuhaltenden Konferenz zu beteiligen, welche die zur Bekämpfung der Parteivorstandspolitik erforderlichen Maßnahmen treffen soll.

•

Auf den Aufruf der Arbeitsgemeinschaft kommen wir noch zurück. Für heute sei nur gesagt, daß die Tatsachen auf den Kopf menschluß der aus der Partei ausgeschiedenen Arbeitsgemeinschaftler solle — wegen irgendwelcher sogenannter Vergewaltigungen — erst jetzt erfolgen. Dieser Zusammenschluß ist bereits in der berüchtigten Sonderkonferenz erfolgt, und die Antwort auf diese Organisationsgründung gegen die Organisation waren die unumgänglich notwendigen Abwehrmaßnahmen der Partei, die jetzt als „Vergewaltigungen" bezeichnet werden.

Schließlich, die angenommene Resolution nennt die Politik der Partei „antisozialistisch" und „imperialistisch". Die Arbeitsgemeinschaftler glauben aber das dumme Zeug, das sie da beschlossen haben, selbst nicht, sie müßten sonst froh sein, daß sie jede Gemeinschaft mit der „antisozialistischen und imperialistischen" sozialdemokratischen Partei Deutschlands los sind.

Hamburg steht fest zur Partei!

Hamburg, 11. Februar. (Eig. Ber.) Eine von etwa 500 Delegierten der Hamburger Landesorganisation besuchte, nach dem Gewerkschaftshause berufene Versammlung beschäftigte sich am Sonntag in mehrstündiger Beratung mit der Reichskonferenz der Parteiminderheit, den Sonderbestrebungen der Opposition und dem bekannten Aufruf des Parteivorstandes, der strenge Maßnahmen gegen die Parteizerstörer ankündigt.

Genosse Grünwaldt, Mitglied des Parteiausschusses, berichtete über die Lage innerhalb der Partei und sprach sich energisch gegen die Sonderbündelei der Opposition aus. Den jetzigen Zustand könne sich die Partei einfach nicht gefallen lassen. In der Aussprache, die sich stundenlang hinzog, kamen nacheinander vier Vertreter der Minderheit zu Wort, die sich unter scharfen Ausfällen gegen die Vertreter der Mehrheitspolitik wandten und sich teilweise in Beleidigungen der örtlichen Führer ergingen. Nach ihnen sprach Reichstagsabgeordneter Stubbe im Sinne des Referenten.

Es wurde sodann mit mindestens Dreiviertelmehrheit eine von den Vorständen vorgelegte Resolution angenommen, an deren Schluß es heißt:

> Die Landesversammlung erklärt sich mit dem Aufruf des Parteivorstandes vom 30. Januar dieses Jahres einverstanden und beauftragt die Vorstände, unter Wahrung der freien Meinungsäußerung innerhalb der Organisation die notwendigen organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen und durchzuführen. Die Landesversammlung erwartet von allen Parteigenossen die **Beachtung und Innehaltung der organisationsmäßig gefaßten Beschlüsse,** um so mehr, als notwendiger denn je eine starke und einheitliche Sozialdemokratie ist, um mit möglichstem Nachdruck für einen baldigen Frieden und alsdann für die freiheitliche Ausgestaltung des Reiches und Staates mit voller Kraft wirken zu können, damit wir der Verwirklichung unserer Ziele näherkommen.

Letzte Nachrichten.

Depeschen nach Deutschland — verbürgte Rücksichten Amerikas.

New York, 8. Februar. (Funkspruch des Vertreters von W. T. B.) **„Associated Preß" meldet aus Washington, daß amtlich mitgeteilt werde, es bestehe keine Absicht, deutsche Schiffe wegzunehmen. Durch Vermittlung der spanischen Botschaft seien Depeschen nach Deutschland gegangen betreffend die Rücksichten, die den früheren deutschen Vertretern in Amerika verbürgt würden, und man hoffe, daß sie irgendwelche Mißverständnisse in Deutschland betreffend Amerikas Haltung vollständig beseitigen würden.**

Ein weiterer Funkspruch des Newyorker Wolff-Vertreters sagt, daß auch die in den Häfen von Manila und anderen Orten auf den Philippinen, von Colon und Panama liegenden deutschen Schiffe **nicht beschlagnahmt** worden sind. Die Regierung habe ihnen gegenüber genau so verfahren, wie im Falle der in amerikanischen Häfen liegenden Schiffe.

Hochverratsprozeß in Serajewo.

Wien, 11. Februar. Der am 6. und 7. Februar in Serajewo gegen den serbischen Gemeindevorsteher Rade Banjac aus Lesnica durchgeführte Hochverratsprozeß hat weitere Beweise für die Beteiligung der amtlichen serbischen Kreise an dem Mordanschlag gegen das Thronfolgerpaar geliefert und erwiesen, daß der bekannte serbische politische Verein „Narodna Odbrana", der die Revolution in Bosnien und in der Herzegowina vorbereiten sollte, eine staatliche serbische Institution war.

Rade Banjac ist überführt worden, den Mördern Princip, Cabrinovic und Grabez die Reise und den Uebergang nach Bosnien erleichtert zu haben, obwohl er ihre Absicht im allgemeinen kannte. Das Urteil lautete auf 12 Jahre schweren Kerkers wegen Hochverrat.

Aus Groß-Berlin.

Die geplagte Feuerwehr.

Die Feuerwehren von Groß-Berlin hatten in den letzten Tagen, besonders aber am Sonnabend und Sonntag, ununterbrochen zu tun. Die Alarme folgten sich unausgesetzt. Es wurden seit 1. Februar bereits über 600 verzeichnet. In der Nacht zum Sonntag kam an der Weidendammer Brücke, Friedrichstraße 105, ein großer Fabrikbrand zum Ausbruch. — In der Großen Frankfurter Straße 135 brannte am Sonntagfrüh im 8. Geschoß eine Wohnung. Die Mieter wurden im Schlafe überrascht, flüchteten und ließen die Türen nach dem Treppenhause weit offen. Die Mieter im 4. Geschoß konnten nun die Treppen nicht benutzen und versuchten aufs Dach zu klettern. Es gelang über die Treppen und durch eine aufgerichtete große Maschinenleiter, die arg gefährdeten Bewohner zum Teil im tiefsten Nachtanzug in Sicherheit zu bringen. — Zahlreiche Brände sind dagegen auf Unvorsichtigkeit, Fahrlässigkeit und mangelhafte Beschaffenheit von Oefen, Heizungsanlagen usw. zurückzuführen. — Eine Frau erkühnte sich sogar, nach der Feuerwehr zu rufen, damit diese ihren entlaufenen Hund wieder in ihren Schoß zurückbringe. Mehr als 200mal mußte bei Wasserrohrbrüchen jede Hilfe, weil keine Gefahr für Gesundheit, Leben und die Häuser vorhanden war, von vornherein abgelehnt werden. Die Mannschaften kamen schon nicht aus den Kleidern heraus und hatten Tag und Nacht keine Ruhe. Man sollte sie wenigstens nachts mit unnötigen Alarmen und Anrufen verschonen.

Neue Butterverordnungen für Groß-Berlin. Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat im Einverständnis mit dem Präsidenten des Kriegsernährungsamtes, Herrn v. Batocki, für den Bezirk der Speisefettstelle Groß-Berlin eine neue Verordnung erlassen, nach der der bisherige Grundpreis für Butter im Großhandel auf 240 M. für den Zentner bestehen bleibt, die Zuschläge für den Weiterverkauf im Groß- und Kleinhandel aber auf 80 M. pro Zentner erhöht werden. Von diesem Zuschlag entfallen auf die Landesfettstelle wie bisher 4,50 M., auf die liefernden Verteilungsstellen und Kommunalverbände 5,50 M., auf die Reichsfettstelle 0,50 M. und 13 M. gegen bisher 11 M. auf den Kleinhandel. Ueber die verbleibenden 6,50 M. verfügen die Fettstelle Groß-Berlin sowie die Kreise Teltow und Niederbarnim. Dem Großhandel, dem bisher ein Verdienst von höchstens 4 M. pro Zentner verblieb, muß mindestens diese Summe in Zukunft gezahlt werden. Außerdem sind ihm alle Kosten der Lagerung, Verteuerung und des Gewichtsverlustes zu zahlen. — Ob infolge dieser Neuverteilung des Zuschlages eine kleine Erhöhung des Butterpreises für den Verbraucher eintreten wird, steht noch nicht fest.

Kein vollständiges Kuchenbackverbot. Die Bäckerinnungen haben sich kürzlich mit Eingaben an die Brotkartengemeinschaft Groß-Berlin gewandt, nicht nur den Konditoren, sondern auch denjenigen Bäckermeistern zukünftig das Backen der vom 20. Februar noch erlaubten Kuchensorten zu gestatten, die bisher neben Gebäck Kuchen in größerem Maße hergestellt haben. Der Siebener-Ausschuß der Brotkarten-Gemeinschaft hat diesen Vorschlag abgelehnt, er will aber den Bäckern insofern entgegenkommen, als er sie, soweit sie bisher gelernte Konditoren zur Herstellung von Kuchen beschäftigten, bezüglich des späteren Kuchenbackens gleichstellen will. Welche Kuchen- und Tortensorten erlaubt werden, steht noch nicht fest, ebensowenig wie die Preise.

Gewissensqualen eines Schweinemörders. Eine verunglückte Hausschlachtung wird in einem Vororte im Südosten viel besprochen und belacht. Ein angesehener Herr in dem Vorort schaffte ein Schwein in die Wohnung und in die Badewanne, um es dort totzuschlagen und auszuschlachten. Als nun das Schwein zu schreien begann, erschrak der Herr so, daß er davonlief, aber auch vergaß, die Tür hinter sich zu schließen. So entfloh auch das angeschlagene Tier der Badewanne, fiel die Treppe hinunter und blieb draußen liegen. Dort fand es die Polizei und beschlagnahmte es. Gegen den Herrn, der sein gutes Herz unterschätzt und sein Schlächtertalent überschätzt hatte, ist Anzeige erstattet worden.

„Frau Gutsbesitzerin von Stein" nannte sich eine Schwindlerin, die gestern dingfest gemacht wurde. Eine 35 Jahre alte Verkäuferin

Gertrud Prüfer flieg hier in Hotels ab und ließ sich als Gutsbesitzerin anmelden. In der Regel nannte sie sich v. Stein, ein paarmal auch v. Bergen. Sie nahm Bestellungen auf Lieferungen an und erntete dafür reichlich Vorschüsse. In Wirklichkeit kam sie aber aus der Strafanstalt Düsseldorf, wo sie wegen ähnlicher Schwindeleien eine Strafe verbüßt hatte.

Bestellsystem in Schöneberg. Um jedes Anstellen der Käufer und jedes Suchen nach Ware zu vermeiden, soll in Berlin-Schöneberg bei der bevorstehenden Verteilung von ½ Pfund Sauerkraut an jeden Einwohner eine vorherige Anmeldung beim Kleinhändler stattfinden. Zu diesem Zweck ist in der Zeit vom 13. bis 14. Februar in den durch besonderen Anschlag kenntlich gemachten Geschäften der Abschnitt Nr. 70 der Berlin-Schöneberger Lebensmittelkarte gegen Aushändigung einer Quittung abzugeben. Nach dem 14. Februar findet eine Anmeldung nicht mehr statt. Der Beginn der Verteilung wird besonders bekanntgegeben.

Verkauf von Salzfischen in Berlin-Wilmersdorf. Das städtische Lebensmittelamt Berlin-Wilmersdorf gibt auf Nr. 14 der Haushaltungskarte bis zu 1½ Pfund Salzfische zum Preise von 1,80 M. für das Pfund ab. Plakate an den Anschlagsäulen unterrichten über Einzelheiten.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Dienstag mittag: Zeitweise heiter, jedoch vorwiegend wolkig oder neblig ohne erhebliche Niederschläge. Temperaturen um den Gefrierpunkt schwankend.

Aus aller Welt.

Minenexplosion infolge Eisgangs.

Kopenhagen, 11. Februar. („Frkf. Ztg.") Zahlreiche Minen wurden bei dem schwierigen Eisgange zur Explosion gebracht. In Malmö und Rakskow wurden viele Detonationen vernommen.

Verantwortlich für Politik: **Hermann Müller,** Tempelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: **Alfred Scholz,** Neukölln; für Inserate: **Th. Glocke,** Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW.

Underberg

Wahlspruch:

SEMPER IDEM.

Underberg-Boonekamp wird nur noch unter der Bezeichnung

Underberg

in den Verkehr gebracht. Die alte anerkannt vorzügliche Qualität bleibt unverändert.

Hoflieferant Sr. Maj. d. Deutschen Kaisers, Königs v. Preussen.

H. Underberg-Albrecht

RHEINBERG (Rhld.) • Gegründet 1846.

Kammerlieferant Sr. Maj. d. Kaisers v. Oesterreich, Königs v. Ungarn.

Berliner Sängerchor.

Mitgl. des Deutsch. Arb.-Sängerb.

Das Völkerringen hat ein weiteres Opfer aus unseren Reihen gefordert.

Unser seit 30. Oktober 1914 als vermißt gemeldeter Sangesbruder

Karl Klappenbach

ist nunmehr, am 24. Januar 1917, für tot erklärt worden.

In langjähriger Mitgliedschaft für die Interessen des Vereins wirkend, verlieren wir in ihm ein treues Mitglied und beklagen, zusammen mit seinen Angehörigen, das traurige Geschick des in der Blüte des Lebens Dahingerafften. Sein Andenken sei bewahrt!

60 S **Der Vorstand.**

Uhren — Goldwaren

Plitz & Co., Lindenstr. 109.

Spezial-Arzt

Dr. med. Hasche,

Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof

Behandl. von **Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleid.,** spez. chron. Fälle. Ehrlich-Hata-Kuren, schmerzlos, kürzeste Behandlung ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung. Mäßig. Preise. Teilzahlung. Sprechstunden 10—1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

Zigaretten

direkt von der Fabrik zu Originalpreisen

100 Zig.	Kleinverkauf 1,0 Pfg.		1,00
100 „	„ 3 „		2,30
100 „	„ 3 „		2,50
100 „	„ 4,2 „		3,20
100 „	„ 6,2 „		4,60

Versand nur gegen Nachnahme von 100 Stück an.

Zigarren prima Qualitäten, von 100,— b. 200,— M. p. Mille

Goldenes Haus Zigarettenfabrik

G. m. b. H.

Berlin, Friedrichstraße 89.

Lombard-Haus

Zentrum 1904 — 9-2 u. 3-7 geöffn.

M. Graff, Leipzigerst. 75 I

Volle normale Beleihung

Diskretion, Reellität

Gelegenheitskäufe

Uhren

Brillanten

Schmucksachen

10—50% unter Ladenpreis

Tüchtiger Eisenbetonpolier,

möglichst Zimmerpolier, für sofort gesucht.

Eisenbetonbau Gnilka,

Berlin-Halensee, Kurfürstendamm 115. — Uhland 5289.

Dreher

bei hohem Lohn sofort gesucht.

Adam Opel,

Filiale Berlin, Courbièrestr. 14.

Korbmacher

auf 96er und zwei Gestellarbeiter auf Drillinge verlangt

Lorenz, Kurfürstenstr. 45.

Spezialarzt

Dr. med. Karl Reinhardt.

f. Geschlechtskrankheiten, Harnleiden, Schwäche, Ehrlich-Hata-Kuren, Blut- und Harn-Untersuchungen.

Institute:

Potsdamer Str. 117 a. d. Lützowstr., Sprechst. ½12-2 u. ½6-½10 U. abds., Sonnt. 11-1.

Aufklärende 48 Seiten starke Broschüre 50 Pf., nach außerhalb 1 M. in verschlossenem Kuvert.

648

Schwere Arbeit

in der Fabrik bedingt oft einen Aufenthalt in schlechter Luft. Kleine Metall- oder Staub-Teilchen setzen sich im Halse fest und führen zu Reizerscheinungen oder Erkältungen.

Wybert TABLETTEN

schmecken angenehm lösend und durstlöschend, ihre wertvollen Bestandteile bewirken erhöhten Speichelfluß und somit eine natürliche Reinigung, die zugleich vor Ansteckungsgefahr schützt.

Schachtel mit 400 Tabletten in allen Apotheken und Drogerien Mk. 1.—. Warnung vor Nachahmungen! — Verlangen Sie stets „Wybert".

CARDINAL

ZIGARETTEN sind Qualitätsmarken

FOVEAUX

RAUCHTABAKE überall erhältlich

Bekanntmachung.

Städtische Volksspeisung.

Die Teilnehmer an der städtischen Volksspeisung haben in der Zeit von Montag, den 12., bis Donnerstag, den 15. d. M., **bei der Entnahme der Speisungskarten für die Woche vom 19. bis 25. Februar** außer den Fleisch- und Kartoffelkarten **auch die Lebensmittelkarte zur Abtrennung des Abschnittes 28 vorzulegen.** Es können in der Woche vom 19. bis 25. Februar nur solche Personen an der Volksspeisung teilnehmen, welche diesen Abschnitt 28 bei der Ausgabestelle der Volksspeisung mit den Abschnitten der Fleisch- und Kartoffelkarte abgegeben haben. Der **Abschnitt 28** der Lebensmittelkarte **ist auch dann abzugeben, wenn nur eine halbe Portion Essen entnommen wird.**

Gleichzeitig wird zur Behebung von Zweifeln darauf hingewiesen, daß bis auf weiteres, da eine entsprechende Gegenleistung gewährt wird, **vier** gültige (gestrichelte) Abschnitte der Kartoffelkarte für jede Woche und Portion abgegeben werden müssen.

Berlin, den 8. Februar 1917.

Magistrat der Königlichen Haupt- und Residenzstadt.

Wermuth.

VIKTORIA-THEATER

(Sanssouci) Kottbuser Str. 6

Telephon Hobbhn.-Hltst. Moritzpl. 14814 Kottbus. Tor

HAGENBECK

Täglich Abendvorstellung um 7½ Uhr.

Mittw., Sonnabds., Sonntags je 2 Vorstellungen, 3½ u. 7½ U.

Wochentags nachmittags Vorzugspreise.

Vorverkauf: Hagenbeckkasse Kottbus. St. 6 u. Wertheim.

Admiralspalast.

Schlittschuhläufer - Ballett a. d. Oper „Der Prophet" und

Frau Fantasie.

Vorzügl. Küche. Anfang 7½.

Tüchtige Schraubendreher

sofort gesucht. 11/16a

Kärger, Akt.-Ges., Kreuzstr. 52.

Tüchtige Schraubenmacher,

hauptsächlich f. Schweizer-Automaten, werden sofort gesucht. Dauernde Arbeit zugesichert.

Schweizerische Metallschraubenfabrik G. m. b. H.

Neustadt i. Schwarzwald.